

Besichtigung soll letzte Klarheit geben

GLAUBENBERG Das Bundesasylzentrum soll das Langlauf-lager nicht einschränken. Die Lagerleitung tut alles, um die Eltern zu beruhigen. Eine Absage ist unwahrscheinlich.

PHILIPP UNTERSCHÜTZ
philipp.unterschuetz@obwaldnerzeitung.ch

«Natürlich sorgt es für kontroverse Diskussionen, dass unsere Unterkunft in unmittelbarer Nähe des Bundesasylzentrums liegt», sagt Roland Bösch, Vereinspräsident des Jugend-Langlauf-lagers, das vom 27. bis 31. Dezember mit 150 Jugendlichen zum 20. Mal auf dem Glaubenberg stattfindet. «Wir haben reagiert und allen Erziehungsberechtigten der Lagerteilnehmer geschrieben.» Im Schreiben, das auch auf der Homepage aufgeschaltet ist, steht, dass für die Lagerleitung ein geregelter Lagerbetrieb sichergestellt sei und der Spass im Vordergrund stehen müsse.

Man stehe in ständigem Kontakt mit den Verantwortlichen von Bund, Kanton und der Gemeinde. Und weiter heisst es, dass man in den nächsten Tagen einen persönlichen Augenschein nehmen werde. «Wir besichtigen noch diese Woche das Gelände gemeinsam mit Vertretern des Staatssekretariats für Migration SEM, der Securitas und der Betreiberfirma ORS. Insbesondere interessieren uns Bereiche mit möglichen Schnittstellen», sagt Roland Bösch.

Klare Trennung

Der Vereinspräsident stellt nochmals klar, dass der reibungslose Betrieb, die Sicherheit und auch das Wohlbefinden

der Teilnehmer im Lager ganz zentrale Elemente seien. «Wenn wir nach der Besichtigung nicht restlos überzeugt sind, werden wir Massnahmen verlangen.» Bösch hält fest, ohne der Begehung vorgehen zu wollen, dass «solche Massnahmen im äussersten Fall zu einer Absage des Lagers führen könnten». Auf der Homepage hat die Lagerleitung auch

ein Infoblatt aufgeschaltet, aus dem klar ersichtlich ist, wie Lagerbetrieb und Asylzentrum getrennt sind. Die Gebäude für die Unterkunft befinden sich ausserhalb des eingezäunten Bereichs des Asylzentrums und sind über einen separaten Eingang auf der anderen Geländeseite zu erreichen. Schnittstellen könnte es höchstens im Hauptgebäude

2 geben, wo sich die Küchen und Speisesäle befinden. «In der Mitte des Gebäudes wird aber eine Trennwand installiert und der Durchgang wird kontrolliert, auch da sollte es keinen Kontakt geben», erklärt Roland Bösch.

Keine Abmeldungen

Nachdem bekannt geworden sei, dass

der Bund das Asylzentrum früher als geplant in Betrieb nehme, habe man sofort mit der Kommunikation durch Newsletters begonnen und einen Online-Briefkasten eingerichtet. «Bis heute ging keine einzige Abmeldung ein, wir haben immer noch eine Warteliste. Insgesamt kamen fünf Reaktionen, wobei nur zwei kritischer Natur waren.» Dem ganzen Leitungsteam sei bewusst, dass die bei einem solchen Lager sowieso schon hohe Verantwortung jetzt einfach noch anspruchsvoller sei. «Das nimmt uns aber die Freude nicht. Wir werden nun genau hinschauen. Nach der Begehung machen wir eine detaillierte Auslegeordnung und fällen nach einem erneuten Treffen mit den Behördenvertretern den definitiven Entscheid.»

Schützenhilfe bekommt das Leitungsteam auch von der Gemeinde Sarnen. Präsident Manfred Iten sagt auf Anfrage, dass die Gemeinde ebenfalls wolle, dass das Lager wie gewohnt stattfinden könne. «Wir haben eine schriftliche Zusage seitens des SEM, dass eine gemeinsame Nutzung des Areals möglich bleibt und die räumliche Trennung gewährleistet sein muss.»

Nächstes Jahr mehr Teilnehmer

Roland Bösch will zudem vom diesjährigen Lager lernen. Es solle schliesslich auch künftig möglich sein, das Langlauf-lager in der Nachbarschaft zum Asylzentrum durchzuführen. «Wir haben von Seiten der Lagerleitung für dieses Jahr die Teilnehmeranzahl auf 150 reduziert, um einen reibungslosen Lagerbetrieb besser sicherstellen zu können. Das Bundesamt für Migration hätte uns 240 Plätze zugestanden. Für das Lager 2016 ist angedacht, dass wir die Zahl wieder erhöhen. Wir warten aber zuerst die entsprechenden Erfahrungen ab.»



Das Langlauf-lager nutzt die Gebäude links und rechts des grünen Zauns. Im Hintergrund ein Teil des Asylzentrums.

Bild Corinne Glanzmann

Landrat überweist Standesinitiative

NIDWALDEN om. Der Kanton Nidwalden will ein Zeichen setzen gegen **Missbräuche beim Bezug von Ergänzungsleistungen (EL)**. Der Landrat hat gestern eine entsprechende Standesinitiative mit 54:0 Stimmen nach Bern abgeschickt, da laut Regierungsrätin Yvonne von Deschanden die «Ergänzungsleistungen praktisch abschliessend im Bundesrecht geregelt sind». Es gebe Fehlanreize, die man unbedingt korrigieren sollte, so die Gesundheits- und Sozialdirektorin weiter. Unbestritten sei indes, dass die EL nach wie vor für viele Menschen im Alter eine lebensnotwendige Unterstützung darstellten.

Ein Kostentreiber bleibt aber

Auch Pius Furrer (SVP, Ennetbürgen) von der Kommission für Finanzen, Steuern, Gesundheit und Soziales erwähnte, dass Korrekturen angestrebt werden müssten, um die Kostenentwicklung in den Griff zu kriegen.

Die CVP nahm den Schritt, Fehlanreize auszumerzen, ebenfalls wohlwollend zur Kenntnis. Ihr Sprecher Joseph Niederberger (Oberdorf) gab aber zu bedenken: «Die Gründe für den Kostenanstieg sind auch in der demografischen Entwicklung zu suchen.» Dies werde in den nächsten Jahren ein Kostentreiber bleiben. Auch aus dieser Optik sollen die EL-Mittel «dort eingesetzt werden, wo tatsächlich Existenzen gefährdet sind, und nirgendwo anders», so Joseph Niederberger.

Begehren ein Rohrkrepiere?

Für die Grüne/SP-Fraktion, die sich zu keiner Parole durchringen konnte, ortete Thomas Wallimann (Ennetmoos) die Gefahr eines Rohrkrepiers, da praktisch alle in der Standesinitiative kritisierten Punkte bereits Bestandteil einer Vernehmlassung auf Bundesebene seien. Pius Furrer indes gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass sich noch mehr Kantone für die Stossrichtung der Initiative starkmachen, um in Bern Druck auszuüben. Es gebe bereits Anzeichen dafür, zeigte er sich erfreut.

Tourismugesetz findet nun eine Mehrheit

NIDWALDEN Was lange währt, wird endlich gut. Dies scheint auf das Tourismusförderungs-gesetz zuzutreffen. Zu reden gab der Bürgenstock.

Das Tourismusförderungsgesetz ist «schon oft fulminant gescheitert», traf Christoph Keller (SVP, Hergiswil) den Nagel auf den Kopf, und Bruno Christen (CVP, Wolfenschiessen) anerkannte: «Die jetzige Lösung ist ein guter Kompromiss der vorangegangenen Versuche.» Tatsächlich brauchte es einige Anläufe, bis Volkswirtschaftsdirektor Othmar Filliger gestern dem Kantonsparlament eine mehrheitsfähige Vorlage präsentieren konnte, die das nicht mehr zeitgemässe Fremdenverkehrsgesetz aus dem Jahr 1971 ablösen soll. Damit ist vorweggenommen: Das Gesetz meiste mit 53 zu 1 Stimmen die Hürde in der ersten Lesung problemlos, der Rück-

weisungsantrag von Markus Landolt (Grüne, Ennetbürgen) war chancenlos.

Grüne unterliegen mit Anträgen

Auch während der intensiv geführten Debatte waren es die Grünen, die mit Anträgen an einzelnen Stellen schrauben wollten. Leo Amstutz (Beckenried) vermisste grundsätzliche Ausführungen punkto Natur- und Landschaftsschutz. «Wenn wir keine Ziel-formulierungen haben, wird es schwierig, mit Anbietern Leistungsvereinbarungen abzuschliessen.» Peter Wyss (SVP, Stans) entgegnete, das Gesetz sei da, um Rahmenbedingungen zu schaffen. Erst danach erfolge auf Gemeindeebene die Ausarbeitung solcher Konzepte.

Für Diskussionen sorgte auch der Sonderstatus des Bürgenstock-Resorts. Dominic Starkl (Grüne, Stansstad) stör-

te sich daran, dass man «einer Firma einen solchen Stellenwert gibt. Was ist, wenn Sawiris kommt und bei uns baut? Machen wir dann ein nächstes Kapitel im Gesetz?» Auf seine Äusserung und den praktisch kommentarlosen Antrag von Markus Landolt, das ganze Kapitel ersatzlos zu streichen, bekamen die Linken die volle Wucht der Bürgerlichen zu spüren. Das Resort zahle die gleichen Abgaben für Hotel, Restaurant oder Bahn wie andere Betriebe, wiederholten mehrere Redner. Speziell sei nur,

«Der Bürgenstock ist wie Engelberg oder Luzern. Das ist eine ganz andere Vermarktung.»

NORBERT ROHRER, CVP

dass zusätzlich eine Kurtaxe erhoben werden könne, deren Erlös aber wieder den Gästen zugute kommen solle, etwa in Form von Konzerten.

Norbert Rohrer (CVP, Stansstad) meinte: «Der Bürgenstock ist eine Marke wie Engelberg oder Luzern. Das ist eine ganz andere Vermarktung.» Und Peter Wyss

erwähnte, die Werbung laufe jetzt schon, und nach der Eröffnung sollten zahllose Kongresse stattfinden. An die Fraktion Grüne/SP gewandt sagte er: «Ihr solltet euch nicht die «Schnudernase» an etwas abwischen, von dem ihr nicht wisst, was der Kanton daran verdient.» Mit weiteren Anträgen, das Inkasso der Abgaben dauerhaft beim Kanton zu belassen oder nicht mehrwertsteuerpflichtige Beherbergungsbetriebe von der Abgabe zu befreien, schifften die Grünen ebenso ab.

Mehr Mittel als bisher

Im neuen Gesetz löst eine vorwiegend umsatzabhängige Abgabe die bisherige Kurtaxe ab. Die Tourismusförderung wird gemäss föderalistischem Ansatz weitgehend den Gemeinden überlassen. Der Kanton, der jährlich maximal 300 000 Franken einschiess, übernimmt übergeordnete Aufgaben und das Basis-marketing. Othmar Filliger betonte, dass künftig insgesamt mehr Mittel zur Verfügung stehen werden.

OLIVER MATTMANN

oliver.mattmann@nidwaldnerzeitung.ch

Wicki irritiert über späte Reaktion

NIDWALDEN Der Kanton lässt sich beim Winkelriedbus zu keiner Kehrtwende bewegen. Es lief aber nicht alles optimal.

om. Baudirektor Hans Wicki nahm den Hoffnungen aus Beckenried, Emmetten und Seelisberg, die Streichung der Postautoverbindung nach Flüelen rückgängig zu machen (siehe auch Ausgabe von gestern), gleich den Wind aus den Segeln. «Es sind für den Fahrplan 2016 keine Änderungen mehr möglich.» Dies müsse aber nicht heissen, dass alles auf Dauer in Stein gemeisselt sei. «Wir gehen mit dem Winkelriedbus ein Wagnis

ein, aber wir sehen eine Chance, die Linie zwischen Nidwalden und Uri damit attraktiver zu machen.» Man wolle nun Erfahrungen sammeln und könne bei Bedarf für 2017 Anpassungen vornehmen, sagte Wicki im Landrat auf ein Auskunftsbegehren der Landräte Alice Zimmermann (CVP, Emmetten) und Viktor Baumgartner (CVP, Beckenried).

Der FDP-Regierungsrat wählte unmissverständliche Worte zum Auslastungsgrad der bisherigen Linie nach Flüelen. «Die Nachfrage ist bescheiden.» Deshalb sei man zusammen mit dem Urner Regierungsrat zum Schluss gekommen, die Strecke neu auf Arbeitspendler und Lehrlinge auszurichten. Eine Umfrage bei Unternehmen habe gezeigt, dass das Potenzial vorhanden

sei. Um dieses zu nutzen, «braucht es aber eine schnelle Verbindung zwischen Stans und Altdorf», so Wicki. Deshalb sei der Halt in Beckenried zum Opfer gefallen. Kunden hätten aber immer noch die Möglichkeit, zuerst nach Buochs zu fahren und dort umzusteigen.

Auf die Kritik, die Gemeinden hätten dazu keine Stellung nehmen können, erklärte Wicki, dass es zu zeitlichen Überschneidungen gekommen sei. Die Fahrplanvernehmlassung habe stattgefunden, als die Abklärungen für die genaue Linienführung des betroffenen Abschnitts noch liefen. «Das ist suboptimal», gestand Wicki, «aber zumindest hatten wir die Gemeinden transparent informiert.» Er sei leicht irritiert, dass erst jetzt Reaktionen erfolgten.

UND SONST

Wahl eines neuen Staatsanwalts

Der Landrat wählt mit 57 Stimmen den 36-jährigen Rechtsanwalt **Alex Geiger** aus Zürich als neuen Staatsanwalt in der Abteilung für Wirtschaftsdelikte. Es handelt sich dabei um eine Neubesetzung einer der insgesamt zwei Vollzeitstellen in dieser Abteilung. In dieser Funktion ist Alex Geiger gemäss Kantonsvereinbarung auch für die Verfolgung von Wirtschaftsdelikten in Obwalden und Uri zuständig. Zuletzt arbeitete Alex Geiger in Zürich in einer Anwaltskanzlei für Wirtschafts- und Steuerrecht.